

**An den  
Bund der Frauenvereine  
Bielefeld e.V.**

**Ratsfraktion Bielefeld**  
Klaus Rees  
Fraktionsgeschäftsführer

Niederwall 25  
33602 Bielefeld

Tel.: 0521/512710  
Mail: klaus.rees@bielefeld.de

## **Antworten auf die Frauenpolitischen Wahlprüf- steine zur Kommunalwahl in Bielefeld 2020**

### **1. Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und Care-Arbeit**

1.1. Wie bewertet Ihre Partei das Angebot zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Care-Arbeit und insbes. Pflege für berufstätige Bielefelder\*innen? Welche Maßnahmen/Initiativen plant Ihre Partei zu diesem Thema? Wie sollen auch pflegende Angehörige konkret entlastet werden?

Die Bewertung unterliegt immer den individuellen Bedürfnissen der jeweiligen Frau / Familie. Insgesamt hat Bielefeld als Kommune das Angebot an Kinderbetreuung und Ganztagsangeboten an Schulen intensiv ausgebaut. Auch in den Kitas setzen wir verstärkt auf flexible Öffnungszeiten, um den Bedürfnissen der genannten Gruppen entsprechen zu können. Neben dem Ausbau und der Verbesserung der Betreuungsangebote wollen wir einen gesellschaftlichen Wandel fördern, der für eine geschlechtergerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit sorgt. Es muss selbstverständlich sein, dass Männer Sorgearbeit leisten. Dies gilt kommunal für die Stadt und städtische Unternehmen als Arbeitgeberin und ist darüber hinaus bundespolitisch zu fördern. Soweit es in Hand der Kommune liegt, wollen wir die Situation Pflegebedürftiger und der Pflegenden verbessern. Pflege muss sich am Menschen orientieren. Daher fördern wir entsprechende Modelle der ambulanten und stationären Pflege, zum Beispiel quartiersbezogene, nachbarschaftliche Pflegekonzepte. Pflegende Angehörige entlasten! Wir treiben den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen voran.

1.2. Was wird Ihre Partei konkret tun, um bei der Flexibilisierung der Arbeit die Gleichstellung der Geschlechter zu forcieren?

Dies ist v.a. eine bundespolitische Aufgabe. Auf Bundesebenen fordern die GRÜNEN

eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Privatleben, indem wir eine flexible Vollzeit möglich machen. Die Wochenarbeitszeit kann dann zwischen 30 und 40 Stunden je nach Lebenssituation individuell angepasst werden. Außerdem wollen wir Beschäftigten mehr Mitsprache darüber geben, wann und wo sie arbeiten. Dazu gehört ein Recht auf Homeoffice, sofern das betrieblich umsetzbar ist. Teilzeit-Beschäftigte müssen ein Rückkehrrecht auf ihre vorherige Stundenzahl bekommen, damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell und rechtlich abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Mit der „flexiblen Vollzeit“ sollen Beschäftigte ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen können. Dazu muss endlich das Rückkehrrecht auf Vollzeit kommen. Zudem fordern die GRÜNEN ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene.

Die Stadt und städtische Unternehmen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen, indem flexible Arbeitszeiten diskriminierungsfrei ermöglicht werden. Hierfür werden wir uns weiter stark machen.

**1.3. Wo sieht Ihre Partei Möglichkeiten, Unternehmen in Bielefeld bei der Umsetzung einer guten Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und Care-Arbeit für ihre Beschäftigten zu unterstützen? Planen Sie Netzwerke zu bilden, um hierzu Impulse zu setzen?**

Es gibt in Bielefeld bereits zahlreiche Unternehmen, die ihre Mitarbeitenden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Alljährlich zeichnet die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Bielefelder Bündnis für Familien Unternehmen für familienfreundliche Personalpolitik aus. Die Stadt und ihre Tochterunternehmen gehen mit guten Beispielen voran und sind bereits dafür ausgezeichnet worden. Die kommunale Wohnungsgesellschaft (BGW) unterstützt Unternehmen beim Bau von Betriebskindergärten (z.B. Städt. Kliniken). Ein Netzwerk könnte durch die WEGE gebildet werden und würde von uns unterstützt!

**1.4. Plant Ihre Partei bei der Vergabe von kommunalen Aufträgen oder sonstigen Leistungen nachhaltige Care-Konzepte - dem Equal Care Manifest- entsprechend mit zur Bedingung bei der Vergabe zu machen?**

Falls im Rahmen der Vergabekriterien eine solche Bedingung bei der Vergabe kommunaler Aufträge möglich ist, werden wir uns dafür einsetzen, diese als zusätzliches Kriterium aufzunehmen!

## **2. Frau und Wirtschaft**

**2.1 In Bielefeld sind Frauen nach wie vor seltener in Führungsfunktionen der Wirtschaft zu finden. Mit welchen Impulsen will Ihre Partei, diese Situation verändern?**

Die besten Impulse können dadurch gesetzt werden, dass Stadt und städtische Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen. Zwar ist schon vieles passiert (z.B. bei

der Stadt auf Amtsleiter\*innenebene), dennoch bleibt noch einiges zu tun. Wir möchten die derzeit praktizierten Personalentwicklungsmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit zur Förderung von Frauen in Führungspositionen prüfen und falls notwendig, ändern. Den Anteil von Frauen in Führungspositionen wollen wir in Verwaltung und städtischen Unternehmen auf mindestens 50 Prozent erhöhen. Auch die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft muss sich auf allen Ebenen städtischen Handelns widerspiegeln. Die Gleichstellungsstelle der Stadt kann hierzu Informationsveranstaltungen und gezielt Öffentlichkeitsarbeit durchführen.

**2.2. Was sind Ihre Vorstellungen, wie in den Arbeitsfeldern der Wirtschaftsförderung Geschlechtergerechtigkeit stärker praktiziert werden soll?**

Gemeinsam mit der WEGE könnte ein Netzwerk mit Unternehmen initiiert werden, um das Thema gezielt voranzutreiben (z.B. über „Best practise“-Beispiele). Die WEGE hat hier mit dem Unternehmerinnen-Netzwerk einen guten Grundstein gelegt.

2.3. Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei bei Existenzgründungen Geschlechtergerechtigkeit unterstützen? Mit welchen Netzwerken wollen Sie hier Impulse setzen?

Die kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WEGE) betreibt ein Netzwerk von Frauen für Frauen, insbesondere für Selbständige und Gründerinnen. Dieses könnte ausgebaut werden.

2.4. Was will Ihre Partei tun, damit auch alleinerziehenden Frauen die Aufnahme einer existenzsichernden Beschäftigung erleichtert wird?

Die Kommune kann hierfür gute Rahmenbedingungen schaffen. Z.B. durch flexible Öffnungszeiten bei den Kitas, verlässliche Ganztagsangebote (wir wollen den gebundenen Ganzttag), sozial gerechte Beiträge und Gebühren, damit es sich lohnt, arbeiten zu gehen. Eine weitere Möglichkeit sind Wohnprojekte und Projekte in den Quartieren, die Nachbarschaftshilfe stärken.

2.5. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um berufliche Einstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund zu verbessern?

Das Kommunale Integrationszentrum (KI) ist in diesem Bereich ebenso aktiv, wie die REGE durch spezielle Projekte, diese wollen wir weiterführen und bei Bedarf ausbauen. Die Angebote wollen wir stärker wohnortnah und dezentral anbieten. Flankiert gibt es Sprachkurse für Mütter in den Familienzentren / Kitas.

3. Die Stadt und kommunale Betriebe als Arbeitgeber

3.1. Befürwortet Ihre Partei die Einführung einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von Bielefelder Beteiligungsgesellschaften?

Wenn ja, wie planen Sie sich dafür konkret einzusetzen?

Wir setzen uns schon lange und konsequent für die Quote ein. Dies gilt auch für die Besetzung von Spitzenämtern der Verwaltung. Im Public Corporate Governance Kodex, den der Rat bereits vor einigen Jahren beschlossen hat, ist als Selbstverpflichtung für alle Fraktionen eine Mindestquote von 40% für alle Aufsichtsräte in städtischen Gesellschaften festgelegt. Die GRÜNEN werden bei der Neubesetzung die Quote einhalten.

3.2. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kultur in der Stadtverwaltung sowie in den kommunalen Betrieben dahingehend zu verändern, dass die Möglichkeit von Führen in Teilzeit selbstverständlicher wahrgenommen wird und auch mehr Männer Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und

## Care-Arbeit in Anspruch nehmen?

Das Führen in Teilzeit wird bei der Stadt und ihren Tochterunternehmen bereits seit längerem praktiziert. Durch gezielte Förderung von Frauen sowie durch Nutzung der Möglichkeiten des Homeoffice wollen wir diese Möglichkeit fördern. Es bedarf dazu aber auch einer deutlicheren Unterstützung der Oberbürgermeisterin für diese Möglichkeit und einer neuen Führungskultur in der Stadtverwaltung. Frau Haarmann wird sich des Themas nach ihrer Wahl auf jeden Fall annehmen!

In unserem Kommunalwahlprogramm findet sich die Formulierung: „wir wollen eine diskriminierungsfreie Kommune sein“. Das beinhaltet auch, dass wir uns für Männer einsetzen, die mehr Zeit für Familie und Care Arbeit haben wollen bzw. brauchen. Besonders gilt es hier auch mit Vorbildern zu agieren, z.B. können bei Betriebsversammlungen Männer in Teilzeit von ihren positiven Erfahrungen berichten.

### 3.3. Was wird Ihre Partei tun, um den Frauenanteil in MINT-Berufen sowie den Anteil von Frauen im IT-Bereich in kommunalen Unternehmen zu erhöhen?

Um das zu erreichen, müssen wir bereits in der Schule beginnen und Mädchen gezielt für MINT-Berufe interessieren, dazu können der „Girl's day“ ebenso nützlich sein, wie Berufspraktika oder Besuche an Uni, Fachhochschule oder in Unternehmen. Auch die Berufsbörse, die das Personalamt der Stadt regelmäßig durchführt und die Aktivitäten der Jugendberufsagentur müssen stärker fokussiert werden. Bei den Ausschreibungen der Stadt muss noch stärker zum Ausdruck kommen, dass auch MINT- und IT-Berufe in besonderer Weise für Frauen geeignet sind. Die Personalentwicklungsabteilungen der Stadtverwaltung und der städtischen Unternehmen sind hier gefragt: sowohl bei den Ausschreibungen, als auch bei der Schaffung von gendergerechten Rahmenbedingungen.

## 4. Finanzen

### 4.1. Plant Ihre Partei das finanzpolitische Instrument Gender Budgeting als Entscheidungsgrundlage für eine gezielte Gleichstellungspolitik einzuführen?

Ja, das planen die GRÜNEN. In unserem Wahlprogramm steht: „Gendergerechte Finanzpolitik! Wir unterstützen im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zuverlässig Einrichtungen, die sich dem Schutz und Empowerment von Frauen und LSBTTI\* widmen. Die Finanzmittelvergabe bei der Aufstellung des städtischen Haushaltes und im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen wollen wir künftig auf Gendergerechtigkeit hin überprüfen (Gender-Budgeting).“

### 4.2. Werden Sie Gender Budgeting in die Zielvorgaben für den kommunalen Haushalt integrieren?

Ja, das werden wir machen!

#### 4.3. Welche gleichstellungsorientierten Ziele sollen im wirkungsorientierten Haushaltsplan in Zukunft verstärkt berücksichtigt werden?

u.a. folgende Ziele sollten verstärkt berücksichtigt werden: Gendergerechtigkeit bei Ausgaben und Wirkung; wird durch die Maßnahme/das Produkt ein Beitrag zu Frauenförderung erreicht?; in welchem Umfang sind Frauen an Konzeption und Erarbeitung der Ziele beteiligt?;

#### 4.4. Plant Ihre Partei, auch die spezialisierten Fach-Projekte der unterschiedlichen frauen- und Mädchenspezifischen Einrichtungen auskömmlich zu finanzieren? Wenn ja, wie?

Wir haben uns immer für mädchen- und frauenspezifische Projekte eingesetzt, (unter Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips) und für eine auskömmliche Finanzierung gesorgt. Landes- und Bundesförderungen werden wir auch weiterhin zur Kofinanzierung einsetzen. Auf Landes- und Bundesebene werden wir uns auch weiterhin für bessere Finanzierung von Frauenhäusern sowie weiteren frauen- und Mädchenspezifischen Einrichtungen (Frauen- und Mädchenberatungen; LSBTIQ\*-Einrichtungen) einsetzen.

## 5. Digitale Stadt

5.1. Welche Impulse wird Ihre Partei im Bereich der Digitalisierung setzen, um die Gleichstellung der Geschlechter und die Chancengleichheit voran zu bringen?

Wir werden einen Digitalbeirat einrichten, der die Stadt bei der Einführung digitaler Angebote und beim Datenschutz sowie der IT-Sicherheit unterstützt. Eine Aufgabe des Digitalbeirats wird es sein, auf Chancengleichheit für alle zu achten. Dazu gehört neben der Zusammensetzung des Beirats eine geschlechtergerechte Ansprache aller Nutzer/innen, die Auswahl von Beispielen bei Erklärungen der Nutzung von Angeboten, Sichtbarkeit von Mädchen und Frauen im Bereich Digitales zu zeigen (Aufbrechen von Stereotypen), etc. Die Bekämpfung von Cyber Harrassment (vgl. 5.3.) wird ebenfalls eine zentrale Rolle im Beirat spielen.

5.2. Sieht Ihre Partei in der Digitalisierung Chancen für verbesserte und unmittelbarere Formen der Bürgerbeteiligung? Welche Beteiligungsformate planen Sie, damit auch Frauen sich ernsthaft beteiligen können?

Wir wollen mehr und bessere Beteiligung ermöglichen. Dazu wollen wir die Stelle einer/eines Partizipationsbeauftragten an zentraler Stelle in der Stadtverwaltung einrichten. Die Möglichkeiten, die die Digitalisierung für Bürger\*innenbeteiligung bietet sind vielfältig, wir wollen sie nach Möglichkeit einsetzen. Wichtig sind Beteiligungsformate, die barrierearm sind, möglichst alle Menschen erreichen und Teilnahme ermöglichen.

5.3. Wie will Ihre Partei der Gefahr von Gewalt im Netz gegen Frauen (Cyber Harassment) im kommunal beeinflussbaren Bereich frühzeitig und konsequent begegnen?

Wir werden zur Begleitung der fortschreitenden Digitalisierung einen kommunalen Digitalbeirat einrichten, der neben anderen Zuständigkeiten, sich auch um Hassposts und Cyber Harassment kümmern wird. Außerdem möchten wir (in Zusammenarbeit mit dem Bielefelder Jugendring) Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen entwickeln.

## 6. Öffentlicher Raum und Sicherheit

6.1. Was muss aus Sicht Ihrer Partei getan werden, um eine geschlechtergerechte Stadtplanung und Stadtentwicklung umzusetzen? Was werden Sie tun, um das zu erreichen?

Stadtplanung und Stadtentwicklung ist in Bielefeld leider Männersache- und das bereits seit Jahrzehnten. Um das zu ändern, braucht es mehr Frauen in Rat und Ausschüssen, aber auch mehr Frauen im Bereich Stadtplanung in der Stadtverwaltung. Das wollen wir in den nächsten fünf Jahren erreichen. Besonders die Mobilitätswende liegt uns am Herzen. Denn alle Menschen müssen

mobil sein können, auch mit Kinderwagen und/oder stillende Mütter. In der Stadtplanung und –entwicklung wollen wir erreichen, dass Straßen und Gebäude barrierefrei geplant werden. Dazu gehören „Ruhe- oder Pause-Inseln“ durch öffentliche Sitzgelegenheiten. Bielefeld hat sich verpflichtet, *stillfreundliche Stadt* zu sein. Das wollen wir in der Umsetzung konsequent begleiten. Wir wollen endlich ein funktionierendes Konzept für Toiletten im öffentlichen Raum, damit Frauen und Mädchen sich frei und selbstbestimmt überall bewegen können, auch und gerade in Zeiten der Menstruation.

6.2. Welche Pläne hat Ihre Partei, den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass spezifische Bedürfnisse von Mädchen und Frauen berücksichtigt werden (z.B. kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit)? Wie soll nach Ihren Vorstellungen der sichere und angstfreie Aufenthalt für Mädchen und Frauen im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Grünanlagen konkret gestaltet werden?

Vgl. Antwort zu 6.1.

## 7. Wohnen und Umwelt

7.1. Wie will Ihre Partei, eine geschlechtersensible Wohnraumversorgung in Bielefeld schaffen?

Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle Bedürfnisse und alle gesellschaftlichen Gruppen schaffen, das schließt geschlechtersensible Wohnraumversorgung ein. Im Rahmen der Bielefelder Baulandstrategie werden wir uns für Vergabekriterien einsetzen, die besonders innovative Wohnprojekte, alternative Wohnformen, generationenübergreifendes Wohnen, aber auch weitere Kriterien beinhalten. Dazu gehört für uns auch Geschlechtersensibilität.

7.2. Wie bringt Ihre Partei die Ausweisung von Wohnraum mit Umweltaspekten (Natur, Luft) in Einklang? Wie will Ihre Partei der Landschaftszersiedlung und dem Flächenfraß konkret begegnen?

Unsere Stadt braucht dringend weiteren bezahlbaren Wohnraum. Diesen wollen wir möglichst flächensparend durch Nachverdichtung, Aufstockung bestehender Gebäude, Schließung von Baulücken, dichtere Bebauung erreichen. Dennoch werden wir auch weitere Baugebiete ausweisen, die allerdings Umwelt- und Naturschutzanforderungen ebenso entsprechen müssen wie dem Vorhandensein von Infrastruktureinrichtungen. Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen wollen wir begrenzen und den Flächenfraß stoppen.

7.3. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um die bürgerschaftliche Mitwirkung und nicht-formelle Beteiligung bei vorhaben- und themenbezogenen Gestaltungs- und Planungsprozessen zu verstetigen?



Wir wollen mehr und bessere bürgerschaftliche Mitwirkung und Beteiligung ermöglichen. Das bezieht sich in erster Linie auf die nicht-formelle Beteiligung, zu der die Stadt gesetzlich verpflichtet ist. Dazu wollen wir die Stelle einer/eines Partizipationsbeauftragten an zentraler Stelle in der Stadtverwaltung einrichten. Die Möglichkeiten, die die Digitalisierung für Bürger\*innenbeteiligung bietet wollen nach Möglichkeit einsetzen. Wichtig sind Beteiligungsformate, die barrierearm sind, möglichst alle Menschen erreichen und Teilnahme ermöglichen.

**7.4. Welche konkreten Maßnahmen hat Ihre Partei vor, um die Verteilung von Wohnraum für die Zielgruppen der alleinerziehenden Frauen und Seniorinnen bedarfsgerechter zu gestalten und innovative Wohnraumprojekte zu fördern?**

Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle Bedürfnisse und alle gesellschaftlichen Gruppen schaffen, das schließt Wohnraumversorgung für die genannten Zielgruppen ein. Im Rahmen der Bielefelder Baulandstrategie werden wir uns für Vergabekriterien einsetzen, die besonders innovative Wohnprojekte und Wohnformen, generationenübergreifendes Wohnen, aber auch weitere Kriterien beinhalten.

**7.5. Plant Ihre Partei bei der Vergabe von kommunalen Aufträgen oder sonstigen Leistungen nachhaltige Umweltschutz-Konzepte mit zur Bedingung der Vergabe zu machen?**

Bei kommunalen Vergaben sind wir an gesetzliche Vorgaben gebunden. Falls eine Berücksichtigung von nachhaltigen Umwelt-Konzepten bei den zu beauftragenden Unternehmen möglich sein sollte, werden wir sie sehr gerne zur (Mit)Bedingung machen.

## 8. Beratung und Hilfe für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen

8.1. Wie bewertet Ihre Partei die bestehenden Beratungs- und Hilfsangeboten für von häuslicher Gewalt und/oder sexualisierter Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen in Bielefeld? Mit welchen konkreten Maßnahmen planen Sie, die Situation der hauptsächlich projektfinanzierten Angebote zu verbessern?

Bielefeld verfügt über ein gut ausgebautes und qualitativ ausgezeichnetes Angebot an Beratungs- und Hilfsangeboten für Frauen und Mädchen. Durch die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen ist eine hohe Planungssicherheit für viele Projekte gegeben. Neue, innovative Angebote wollen wir bedarfsorientiert fördern. Bestehende Maßnahmen und Angebote wollen besser vernetzen und bekannter machen.

8.2. Wie will Ihre Partei die psychosozialen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung und hier insbesondere die Angebote für von Gewalt betroffenen und potentiell traumatisierten Mädchen und Frauen dauerhaft sicherzustellen?

Unser Ziel ist es, die Kompetenzen für Beratungs- und Hilfeangebote für Geflüchtete / Menschen mit Migrationserfahrung in die bestehenden Angebote zu integrieren und somit die Angebote dauerhaft sicherzustellen.

8.3. Plant Ihre Partei präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Sexismus, sexualisierter Gewalt und gruppenbezogener Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Sexualität?

Ja, solche Maßnahmen planen wir. Kinder werden schon früh durch stereotype Geschlechterbilder geprägt, die ihre eigene Entfaltung hemmen können. Wir wollen deshalb Kita- und Schulprojekte zur Aufklärung über geschlechtliche Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit fördern.

Das umfangreiche Netzwerk von Initiativen und Einrichtungen, von Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen von und für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transidente und Intergeschlechtliche (LSBTTI\*) unterstützen und fördern wir. In der WissensWerkStadt oder ähnlichen öffentlichen Räumen sollen wir Veranstaltungen zu frauen-& queer\*-politischen Themen angeboten werden.

## 9. Repräsentanz von Frauen

9.1. Gibt es Konzepte Ihrer Partei, um den Frauenanteil im Rat und in den Bezirksvertretungen zu erhöhen? Wenn ja, was ist konkret geplant?

Wir Grünen setzen hier konsequent auf die Quote und haben diese auch bei der Aufstellung der Kandidierenden eingehalten!

9.2. Unter den 11 Ehrenbürgern der Stadt Bielefeld findet sich nur eine einzige Frau (Verleihung 1934). Was unternehmen Sie, damit bei hohen Auszeichnungen (insbes. Ehrenbürgerschaft, Ehrenring) herausragende Bielefelder Frauen angemessen berücksichtigt werden?

Die GRÜNEN setzen sich bereits seit Beginn ihrer Vertretung im Bielefelder Rat für die gleichberechtigte Würdigung von Frauen im öffentlichen Leben und auch bei der Vergabe von Auszeichnungen aus. Sowohl bei der Benennung von Straßen und Plätzen als auch bei der Vergabe von städtischen Ehrungen konnten wir zwar bereits einige Fortschritte erzielen. Dennoch muss noch mehr getan werden, denn gerade durch den Frauenpreis, der seit einigen Jahren vergeben wird, ist deutlich geworden, wie viele engagierte und verdienstvolle Frauen es in unserer Stadt gibt.

In unserem Wahlprogramm findet sich folgende Positionierung: „Wir sorgen dafür, dass Frauen in unserer Stadt größere öffentliche Anerkennung bekommen – ob als historische Figur oder als Namensgeberin für Straßen und Plätze.“